

## **NIEDERSCHRIFT**

über die Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Güstrow - Land am **28.06.2023** um 18:00 Uhr im Konferenzzimmer des Amtes

**Teilnehmer:** - siehe beigefügte Anwesenheitsliste -

vom Amt Güstrow - Land: Herr Nowak, Leitender Verwaltungsbeamter

### **Tagesordnung:**

- siehe beigefügte Kopie -

#### **A) Öffentlicher Teil**

##### **Punkt 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Um 18:00 Uhr eröffnet AV Herr Dr. Blau die öffentliche Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Güstrow - Land. Danach stellt er die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest. Anschließend begrüßt er alle Amtsausschuss-Mitglieder und Herrn Nowak.

##### **Punkt 2: Unterbrechung der Sitzung für die Einwohnerfragestunde**

Entfällt, da keine Einwohner anwesend sind.

##### **B) Einwohnerfragestunde**

- entfällt -

##### **C)**

##### **Punkt 3: Wiedereröffnung der öffentlichen Sitzung**

- entfällt -

##### **Punkt 4: Änderungsanträge zur Tagesordnung**

AV Herr Dr. Blau beantragt den TOP 6 „Bericht des Amtwehrführers“ von der Tagesordnung abzusetzen, weil der Amtwehrführer sich für die heutige Sitzung entschuldigen musste. Somit soll der Bericht in einer darauffolgenden Sitzung nachgeholt werden.

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung ergehen nicht.

AV Herr Dr. Blau bittet um Abstimmung über die Tagesordnung mit der eingebrachten Änderung. Im Anschluss folgt die Abstimmung über die Tagesordnung mit der eingebrachten Änderung.

##### **Abstimmungsergebnis:**

- einstimmig dafür -

Damit gilt die Tagesordnung mit der eingebrachten Änderung als gebilligt.

Die neue Tagesordnung lautet wie folgt ab Tagesordnungspunkt 6:

6. Bericht des Amtsvorstehers
  7. Bericht des leitenden Verwaltungsbeamten
  8. Beschluss zur Anpassung des Fundtierkostenvertrages zwischen dem Amt Güstrow-Land und dem Tierheim Laage „Neue Chancen für Tiere in Not“ e.V. Pinnower Chaussee 3, 18299 Laage
  9. Anträge und Anfragen
- D) Nicht öffentlicher Teil**
10. Billigung des nicht öffentlichen Teils der Sitzungsniederschrift über die Amtsausschuss-Sitzung am 08.02.2023
  11. Personalangelegenheiten
  12. Anträge und Anfragen

**Punkt 5: Billigung des öffentlichen Teils der Sitzungsniederschrift über die Amtsausschuss-Sitzung vom 08.02.2023**

Es ergehen keine Änderungsanträge.

Es folgt die Abstimmung über den öffentlichen Teil der Sitzungsniederschrift über die Amtsausschuss-Sitzung vom 08.02.2023

**Abstimmungsergebnis:**

gesetzliche Anzahl der Amtsausschuss-Mitglieder:	17
anwesend:	17
Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	2
auf Grund des § 24 der KV an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt:	0

Damit ist der öffentliche Teil der Sitzungsniederschrift über die Amtsausschuss-Sitzung vom 08.02.2023 gebilligt.

**Punkt 6: Bericht des Amtsvorstehers**

AV Herr Dr. Blau möchte seinen Bericht heute hierfür nutzen, um über die Themen der letzten Sitzung des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern e.V. zu berichten. Er geht in seinem Bericht auf folgende Schwerpunkte der Sitzung ein:

**1. Wahlen**

Demokratie lebt von Wahlen. In einem Jahr endet diese Kommunalwahlperiode mit der Wahl der Gemeindevertretungen und ehrenamtlichen Bürgermeister\*Innen sowie der Kreistage. Hierzu erging im Februar dieses Jahres ein ausformuliertes Forderungspapier an den Landtag und die Landesregierung mit dem Titel „Jetzt die Organisation für den Wahltag 2024 vorbereiten!“. Mehrfach wurde zu diesem Thema das Gespräch gesucht, jedoch war die Reaktion ernüchternd. Wir bekamen nicht einmal eine Antwort. Insbesondere die Vorschläge zur Verkürzung der Wahlzeit am Wahltag, vereinfachter Wahlniederschriften oder die Auszählung der Kreistagswahlen in den Kreisverwaltungen sind Vorschläge unsererseits die zu einer deutlichen Entlastung der ehrenamtlichen Wahlvorstände führen würden. Schon bei der letzten Wahl „Superwahltag“ haben ehrenamtliche Kräfte bereits angemerkt, dass sie für eine erneute Wahl nicht mehr zur Verfügung stehen. Dies ist bei dem enormen Arbeitspensum (bis zu 16 Stunden) der verantwortungsvollen Aufgabe und der geringen Anerkennung und Wertschätzung nicht verwunderlich. Insbesondere konnte festgestellt werden, dass gerade Landkreis- und Landesbedienstete sich für das Ehrenamt nicht melden, sondern dies anderen überlassen. Das ist ein schwaches Signal für die Demokratie und daher auch unser Verfahrensvorschlag, wenn die Beschäftigten und Beamten nicht bereit sind, dann muss das Ehrenamt zu ihnen kommen. Es geht nämlich auch um „ihre“ neue Vertretungskörperschaft.

## **2. Kommunalverfassung**

Zu den Änderungen der Kommunalverfassung wurde strukturiert diskutiert. Hierbei zeigte es jedoch, dass es bei einigen Vorschlägen aus dem politischen Raum eher darum zu gehen scheint, dass die kommunalen Akteure für die landespolitischen Ziele verpflichtend eingespannt werden sollen. Insbesondere themenspezifische Gremien vorzuschreiben schafft vor Ort keine Überzeugung, diese auch zu beleben und das Politikfeld zu bespielen. Wir brauchen in unseren Gemeinden mehr Handlungsspielraum und nicht weniger.

## **3. Fachkräftemangel, Ausbildung**

Die Generation derer, die unsere Verwaltung maßgeblich aufgebaut haben, verlässt uns in diesen und den nächsten Jahren. Die Abfolge der Generationen war schon immer so. Neu ist, dass nun auf fünf ausscheidende Beschäftigte nur zwei Berufsanfänger nachfolgen. Zahlenmäßig können wir die Stellen so nicht neu besetzen. Außerdem sind viele der neuen Bewerber\*Innen auch ganz anderes gestrickt als die ausscheidende Generation. Work-Life-Balance, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, möglichst keine langen Arbeitswege, keine Abendtermine und viel Homeoffice sind die neuen Entscheidungskriterien dieser Bewerber\*Innen. Besonders schwierig gestaltet sich diese Situation für die amtsfreien Gemeinden und die Ämter, wenn die Landesverwaltungen sowie die Kreisverwaltungen, die teilweise für dieselben Herausforderungen mehr Geld und Vergünstigungen zu zahlen bereit sind, obwohl eigentlich das gleiche Tarifrecht gilt, uns die eigenen Beschäftigten abwerben. Der Glanzpunkt ist dann noch, dass wir dieses Vorgehen durch unsere Kreisumlage mitfinanzieren. Eine Konsequenz hat dies allerdings auch für unsere Verbandsarbeit. Wir werden noch mehr jeder neuen Aufgabenzuweisung an unsere Städte, Gemeinden und Ämter widersprechen, die mit mehr Personalaufwand verbunden ist.

## **4. Schule**

Das Thema Schule und deren Digitalisierung beschäftigt uns seit dem Digitalpakt I. Die Mittel hierfür müssen bis Ende des nächsten Jahres abgerufen und abgerechnet sein. Damit dies realisierbar ist, sind die erforderlichen Anträge bis Herbst 2023 zu stellen. Ob die Umsetzung dann gelingt, bleibt trotzdem fraglich, weil es nicht genug Planer und ausführende Firmen gibt. Dies hat sich auch bei unseren eigenen Amtsschule in Zehna gezeigt. Mit Hochdruck bemüht sich das Hauptamt ein fähiges Planungsbüro hier zu finden.

Neben der Digitalisierung soll gleichzeitig die Inklusion vorangetrieben und die Beschulung von Kindern nicht deutscher Herkunftssprache umgesetzt werden. Das bereits jetzt die Lehrerschaft sowie die Gebäudekapazitäten ausgeschöpft sind, wird hierbei unberücksichtigt gelassen.

## **5. Energie und Klima**

Derzeit befinden sich auf Bundes- und Landesebene viele Gesetzgebungsverfahren in der Vorbereitung. Wirtschaftsminister Habeck hat die Solarstrategie, die Windstrategie, den beschleunigten Netzausbau, das Wärmeplanungsgesetz und das Gebäudeenergiegesetz vorgestellt. Auf Landesebene befindet sich das Klimagesetz M-V in Vorbereitung und die Planungsverbände bereiten die Ausweitung der Windeignungsgebiet auf 2,1 % der Landesfläche vor. Diese Fülle an Änderung, Neuerungen und Ungewissheiten lässt die Mobilitätswende und Wärmewende aus der Sicht der Bürger\*Innen zu unüberwindbaren Hindernissen werden. Auch wir Städte und Gemeinden fühlen uns zunehmend überfordert. Doch ist gerade die regionale Akzeptanz der Motor der Energiewende. Nur mit Zuversicht der Bürger\*Innen und der Gemeinden kann die Politik die Wände erreichen. Möglichkeiten die Akzeptanz zu stärken wären z.B. bundesweite gleichmäßig verteilte Netzentgelte, Gewinnbeteiligungen und vergünstigte Strompreise für die betroffenen Bürger\*Innen. Doch hier passiert noch zu wenig. Die Politik bleibt weiterhin gefragt, realistische Ziele, umsetzbare Maßnahmen, vernünftige Zeitschienen und genügend Anreize für die Mobilitäts- und Wärmewende zu schaffen.

## **6. Kommunale Finanzen**

Mit dem FAG 2020 hat das Land viele uns wichtige Anregungen aufgegriffen. Diese gute Zusammenarbeit mit dem Innenministerium zum FAG setzt sich weiter fort und wichtige Themen mit unterschiedlichen Interessenlagen werden einer gutachterlichen Überprüfung

unterzogen. In den Verhandlungen werden wir weiterhin auf eine grundsätzliche Vollkostenerstattung im übertragenen Wirkungskreis drängen. Das Konnexitätsprinzip für alle neuen Aufgabenübertragungen ist strikt einzuhalten. Des Weiteren werden wir uns im Verband weiterhin für die Beibehaltung der Infrastrukturpauschale auch ab 2024 in der bisherigen Höhe von 150 Milio. EUR einsetzen. Weitere aktuelle Themen bleiben die Schlüsselzuweisungen und die Fördermittelvergabe. Hier wirkt der Städte- und Gemeindetag auf fundierte Grundlagen zur Bemessung und auf eine Vereinfachung hin.

Des Weiteren beschäftigt uns das Thema Kreisumlage. Das jüngste Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes hat eindeutig festgehalten, dass die Landkreise ihren Finanzbedarf nicht einseitig, ohne Berücksichtigung der finanziellen Belange der Gemeinden, festsetzen dürfen. Die Ausgestaltung dieses gleichrangigen Interessenverfahrens ist nun vorzunehmen und festzuschreiben.

## **7. Breitensportförderung**

Der Städte- und Gemeindetag hat seine Erwartungen an die künftige Ausgestaltung der Sportförderung in Mecklenburg-Vorpommern in einem Positionspapier niedergelegt. Insbesondere die Breitensportförderung muss wieder mehr in den Fokus genommen werden. Darüber hinaus ist die Verzahnung von Schule und Sport im Rahmen des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder weiterzuentwickeln. Der Sport ist mehr in der Kita-Planung zu berücksichtigen und die Zusammenarbeit von allen Akteuren z.B. Schulen, Vereinen usw. muss intensiviert und gefördert werden. Denn Sport führt nicht nur zu einer Steigerung und Stärkung der Gesundheitspotentials von Kindern, sondern fördert auch Integration und Inklusion.

Damit endet der Bericht des Amtsvorstehers.

## **Punkt 7: Bericht des Leitenden Verwaltungsbeamten**

Der Leitende Veraltungsbeamte Herr Nowak geht in seinem Bericht auf folgende Punkte ein:

### **1. Haushaltsplanung**

Das halbe Jahr ist bereits fast um. Im Mai hat die letzte Gemeinde ihren Haushalt beschlossen und somit wurde überall die vorläufige Haushaltsführung verlassen.

Somit beginnen die Fachämter mit den neuen Maßnahmen und führen die bereits begonnenen Maßnahmen fort. Gleichzeitig beginnt nun bereits wieder die Haushaltsplanung für 2024. Ich bitte Sie daher, jetzt bereits frühzeitig das Gespräch mit den Fachämtern zu suchen.

### **2. ECM**

Die Einführung der elektronischen Akte seit dem 01.05.2023 ist gut angelaufen. Die Mitarbeiter\*Innen nehmen die neuen Arbeitsabläufe an und bis jetzt sind keine größeren Auffälligkeiten zu verzeichnen. In diesem Zuge freue ich mich auch besonders, dass sich zwei Bürgermeister bereit erklärt haben, um ab dem 01.07.2023 die Herangehensweise auszuprobieren. Ich wie auch die Kollegin aus dem Sekretariat werden dann helfend zur Seite stehen. Für das nächste Jahr sind dann Dienstlaptops oder Tablets für alle Bürgermeister\*Innen vorzusehen

### **3. Personalangelegenheiten**

Im nicht öffentlichen Teil wird es noch aktuelle Informationen zu den derzeitigen Personalangelegenheiten geben.

Ansonsten wünsche ich Ihnen jetzt eine ruhige politische Sommerpause. Nutzen Sie die Zeit, um ihre Energiespeicher wieder aufzufüllen und genießen Sie das hoffentlich sommerlich schöne Wetter.

Damit endet der Bericht des leitenden Veraltungsbeamten Herrn Nowak.

**Punkt 8: Beschluss zur Anpassung des Fundtierkostenvertrages zwischen dem Amt Güstrow-Land und dem Tierheim Laage „Neue Chancen für Tiere in Not“ e.V. Pinnower Chaussee 3, 18299 Laage DS-Nr. 04/23**

AV Herr Dr. Blau führt in den TOP ein.

AA-Mitglied Herr Dikau merkt an, dass es besser wäre, wenn man anstatt der 7 % Mehrwertsteuer die Formulierung „zzgl. gesetzlich geltender Mehrwertsteuer“ aufnehmen würde.

Weitere Anmerkungen ergehen nicht. Es folgt die Abstimmung über die DS-Nr. 04/23 mit der eingebrachten Änderung.

**Abstimmungsergebnis:**

gesetzliche Anzahl der Amtsausschuss-Mitglieder:	17
anwesend:	17
Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0
auf Grund des § 24 der KV an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt:	0

**Punkt 9: Anträge und Anfragen**

- AA-Mitglied Frau Bornemann berichtet über das Beratungsgespräch zur Koordination des Brandschutzes im Bereich Süd 2. Sie stellt fest, dass es sich um eine sehr konstruktive Gesprächsrunde gehandelt hat. Herausgearbeitet wurde der Wunsch einen Amtsgerätewart einzustellen, um zukünftig die Feuerwehren bei den regelmäßigen Prüfungs-, Wartungs- und Reparaturarbeiten zu unterstützen. Um die Notwendigkeit mit Daten zu untermauern, wurden die Wehrführer aufgefordert eine zeitnahe Zuarbeit über den tatsächlich anfallenden Zeitaufwand zu geben.

AV Herr Dr. Blau stimmt AA-Mitglied Frau Bornemann zu. Er berichtet, dass in der Beratung im Bereich Süd 1 ebenfalls diese Thematik angesprochen und erörtert wurde. Die Veranstaltung empfand AV Herr Dr. Blau ebenfalls als gelungen und produktiv.

AA-Mitglied Herr Körting gibt bekannt, dass das Beratungsgespräch zur Koordination des Brandschutzes im Bereich Nord 2 erst im August stattfinden wird.

- AA-Mitglied Herr Dikau fragt, ob es neue Informationen zur Nachfolge des Schulleiters in der Schule Zehna gibt.

AA-Mitglied Herr Lange antwortet, dass sich der derzeitige Schulleiter beruflich neuorientiert hat und die Schule in Zehna verlassen wird. Ein Nachfolger ist noch nicht benannt worden.

AA-Mitglied Herr Dikau fordert, dass auf das Schulamt Druck ausgeübt wird, die Stelle schnellstmöglich langfristig nachzubesetzen. Diese ständigen Wechsel sind kontraproduktiv für die Entwicklung der Schule.

AV Herr Dr. Blau verweist auf bereits geführte Gespräche durch AA-Mitglied Herrn Lange und ihn mit dem Schulamt. Er sieht ebenfalls die ständigen Wechsel kritisch. Insbesondere in der Erstellung des Haushalts zeigen sich erhebliche Planungs- und Abstimmungsprobleme.

AA-Mitglied Herr Dikau schlägt vor, dass alle betroffenen Gemeinden eine Einstiegsveranstaltung mit der Lehrerschaft und dem neuen Schulleiter/Schulleiterin (Mensch) organisieren, um einen Austausch zu ermöglichen. Vielen ist nicht klar, dass den Gemeinden der Schulerhalt sehr wichtig ist und insbesondere die zukünftige Schulentwicklung den politischen Akteuren am Herzen liegt.

Im Anschluss erfolgt ein kurzer Austausch zu dem Vorschlag, der Schulentwicklung und dem anhaltenden Lehrermangel.

Es werden keine weiteren Anträge oder Anfragen gestellt.

Der öffentliche Teil der Amtsausschuss-Sitzung endet um 19:10 Uhr.

**D) Nicht öffentlicher Teil**

- siehe Anlage -

Die Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Güstrow - Land endet um 19:30 Uhr.

ausgefertigt: 05.09.2023

Dr. Blau  
Amtsvorsteher

Nowak  
Protokollführer